

P/XX/107

Bonn, den 8. Juni 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Giftgas für den Wahlkampf ?</u>	61

Die Unionsparteien und die Notstandsverfassung
Von Hermann Schmitt-Vockenhausen, MdB

2	<u>Wunsch nach Versöhnung</u>	35
---	-------------------------------	----

Johnson's Mahnung an die kommunistische Welt

3 - 4	<u>Befferre - Herausforderung an den Gaullismus</u>	102
-------	---	-----

Nach dem Parteitag der französischen Sozialisten

5	<u>Entwicklungshilfe mit Sinn und Verstand</u>	45
---	--	----

Die Leistungen der Friedrich-Ebert-Stiftung
- Leistungen für die Welt und für Deutschland
Von Wolfgang Schwabe, MdB

***** Zur Beachtung *****

Der SPD-Pressedienst veröffentlicht in seiner Ausgabe vom Mittwoch, dem 9. Juni 1965, ein Interview mit dem dänischen Ministerpräsidenten Jens Otto Krag, der sich zur Zeit mit dem dänischen Außenminister Per H a e k k e r u p zu einem offiziellen Besuch in der Bundesrepublik aufhält.

Die Redaktion

Giftgas für den Wahlkampf ?

Die Unionsparteien und die Notstandsverfassung

Von Hermann Schmitt-Vockenhausen, MdB

Die Bundesregierung behandelt die Fragen der Notstandsverfassung und der Gesetze für den zivilen Bevölkerungsschutz als Wahlkampfthemen aber nicht als Probleme, die gemeinsam gelöst werden müssen. Wenn die Bundesregierung heute behauptet, der Notstand könne nicht gemeistert werden, wenn die Grundgesetzergänzung fehle, so muß darauf hingewiesen werden, daß sie es war, die in zwei Legislaturperioden Entwürfe eingebracht hat, die Bundestag und Bundesrat zum Teil völlig und in fast allen Bestimmungen weitgehend ändern mußten. Es hat an der Vorbereitung der Grundgesetzänderung in einer dem Grundgesetz gemäßen Form gefehlt. Bis in die interfraktionellen Verhandlungen im Mai 1965 hinein hat die Bundesregierung gegen jede Einigung der Fraktionen Widerstand geleistet. Die Bundesregierung versucht nur aber bewußt davon abzulenken, daß Notstand und Verteidigungsfall in Wirklichkeit Notstand für die zivile Bevölkerung bedeutet. Hier hätte sie auch ohne Grundgesetzänderung längst mehr tun können. 16 Jahre ist wenig geschieden und keine Gesamtkonzeption für den zivilen Bevölkerungsschutz entwickelt worden. So muß daran erinnert werden, daß noch nicht einmal ein Luftwarnsystem für die Bundesrepublik vollständig aufgebaut ist.

Allein in vier Jahren hat die Bundesregierung rund eine Milliarde Mark für den zivilen Bevölkerungsschutz, die der Bundestag bewilligt hatte, nicht ausgegeben, und in diesem Jahr sind rund 100 Millionen von den Koalitionsparteien an den Haushaltsansätzen des zivilen Bevölkerungsschutzes gestrichen worden. Alle diese Tatsachen beweisen, wie wenig die Bundesregierung getan hat, um sich für wirkliche Notfälle vorzubereiten. Hier muß noch einmal daran erinnert werden, daß die Aktentasche der Bevölkerung helfen sollte - über dem Kopf helfen sollte - und viel psychologisches Kapital verbraucht worden ist.

Die Bundesregierung kann auch nicht bestreiten, daß sie in den Gesetzentwürfen für den zivilen Bevölkerungsschutz, die sie vorgelegt hat, die finanziellen Auswirkungen nicht richtig eingeschätzt und zum Teil unrealistische Vorstellungen entwickelt hat. Die SPD - und daran kann kein Sprecher der Bundesregierung vorbeikommen - war es, die seit 1954 den Aufbau des zivilen Bevölkerungsschutzes beantragt und immer wieder gedrängt hat, auf diesem Gebiet etwas zu tun. Wenn in dieser Legislaturperiode die drei Vorlagen über

- * das Schutzbaugesetz,
- * das Selbstschutzgesetz und
- * das Gesetz über das Zivilschutzkorps

verabschiedet werden können und damit endlich mit dem Aufbau des zivilen Bevölkerungsschutzes auf breiter Grundlage begonnen werden kann, so hat die SPD im Innenausschuß daran entscheidenden Anteil. Das kann niemand abstreiten.

Die Bundesregierung hat aber auch die Voraussetzungen für die Grundgesetzänderung nicht geschaffen. Von Januar 1963 bis Mai 1965 hat Innenminister Höcherl das Gesetz über die Pressekommission angekündigt, und noch immer ist die Regierungsvorlage nicht auf dem Wege über den Bundesrat beim Parlament angekommen. Ähnlich sieht es mit der Ablösung der Telefonüberwachung aus, in der seit einem Jahr auf das klärende Wort der Regierung gewartet wird.

Die Regierung kann nicht erwarten, daß die deutsche Öffentlichkeit sich mit der Erklärung guter Absichten begnügt. Die Spiegel-Affäre, die Telefon-Affäre und vieles andere haben das Verlangen der Öffentlichkeit verstärkt, daß die alliierten Vorbehaltsrechte abgelöst werden. Sie will aber wissen, wie sie abgelöst werden. Die SPD-Fraktion wird sich nicht irre machen lassen an den Bemühungen, zu einer Verständigung zwischen den Fraktionen zu kommen. Die Bundesregierung versucht jetzt nur Gräben wieder aufzureißen, die zuzuschütten sich die interfraktionellen Verhandlungen bemühten. Fast hat es den Anschein, als ob der Bundesregierung daran gelegen sei, eine gemeinsame Ablösung der alliierten Vorbehaltsrechte zu verhindern. Hofft sie, auf diese Weise zur heißbegehrten Wahlkampfmunition zu kommen?

+ + +

Wunsch nach Versöhnung

Johnsons Mahnung an die kommunistische Welt

sp - Noch während die amerikanischen Astronauten White und McDivitt, von den Sorgen und Hoffnungen der ganzen Welt begleitet, ihre Kreise um den Erdball zogen, hat Präsident Johnson in einem Appell an die Bevölkerung der Sowjetunion dem Wunsch zur Zusammenarbeit zum Wohle des Friedens bewegenden Ausdruck verliehen. In diesem Wunsch zog er wenige Tage später die Völker und Führer aller kommunistischen Staaten ein. Solche und ähnliche Mahnungen hat es schon früher gegeben. Sie blieben mehr oder weniger wirkungslos; in Peking stießen sie auf taube Ohren, ja auf Haß und kalte Ablehnung. Wird es auch diesmal wieder so sein?

Der Wunsch nach Versöhnung ist kein Zeichen von Schwäche. Die kommunistischen Führer der Sowjetunion werden sich wohl hüten, Johnsons Appell gerade diese Auslegung zu geben - zu einem Zeitpunkt, da die Vereinigten Staaten überaus eindrucksvoll ihre Gleichwertigkeit als Weltraummacht mit der Sowjetunion durch den geglückten Weltraumflug ihrer Astronauten demonstrieren. Beunruhigt über den zeitweiligen Vorsprung der Sowjets hat Johnson die Anweisung zur beschleunigten Durchführung dieses erregenden und von der ganzen Welt verfolgten Experiments gegeben. Jeder Erfolg oder Mißerfolg auf diesem Gebiet wirkt sich zu Gunsten oder zu Ungunsten der jeweils beteiligten Macht aus. Dem ersten Sputnik, den Moskau in den Himmelsraum sandte, folgte das Berlin-Ultimatum des gestürzten sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow; er glaubte, gestützt auf diesen Erfolg, die westliche Welt aufweichen zu können. Die nur kurz befristete Überlegenheit in Trägerwaffen ließ ihn zum Kuba-Abenteuer verführen. Beide Erpressungsversuche brachten der Sowjetunion keinen Gewinn ein. Die Vereinigten Staaten blieben fest und unbeeindruckt.

Die Glanzleistung der amerikanischen Weltraumtechnik beantwortete Johnson mit einem Ruf zur Versöhnung und zum Frieden mit der kommunistischen Welt. So kann nur einer sprechen, der sich seiner Stärke bewußt ist und auch seiner Verpflichtungen für die Sicherheit der freien Völker. Nicht die geballte Faust, sondern die ausgestreckte Hand zur Versöhnung als Reaktion auf die große Leistung - dies scheint wohl noch wichtiger zu sein als der Flug der Astronauten, auf den die amerikanische Nation stolz sein kann.

+ + +

Defferre - Herausforderung an den Gaullismus

Nach dem Parteitag der französischen Sozialisten

G. M. - Der 55. Nationalkongreß der Sozialistischen Partei Frankreichs, SFIO, hat am vergangenen Sonntag nach einer zweieinhalbstündigen Diskussion eine Entscheidung getroffen, deren Bedeutung für die französische Innen- und Außenpolitik außerordentlich groß ist. Es ging hierbei um die Frage, ob der bereits vor einem Jahr von seiner Partei als Präsidentschaftskandidat nominierte Marseiller Bürgermeister, Gaston Defferre, - D. gehört selbst dem Parteivorstand der SFIO an - die Ermächtigung erhalten sollte, mit den nichtsozialistischen Gruppen der demokratischen Mitte eine "Sozialdemokratische Föderation" zu bilden, deren nächstes Ziel es sein soll, bei den kommenden Präsidentschaftswahlen und bei den im Jahre 1967 stattfindenden Wahlen zur Nationalversammlung einen geschlossenen Block gegen Kommunisten und Gaullisten zu bilden.

Schon vor dem Parteitag hatten die katholischen Volksrepublikaner (MRP) und die liberalen Radikalsozialisten (entspricht ungefähr der FDP) ihre Zustimmung zur Bildung der von Defferre geforderten Föderation gegeben. Außerdem hatten sich einige unabhängige demokratische Gruppen sowie christliche Gewerkschaftler, eine Organisation der Jungbauern und mehrere hervorragende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens positiv für Defferres Plan ausgesprochen. In der SFIO selbst stand es zu Beginn der erregenden Diskussion etwa 50 : 50; die stärksten Parteibezirke Nord und Pas de Calais hatten sich unter Führung des langjährigen Generalsekretärs der Partei, Guy Mollet, gegen die Thesen des Marseiller Bürgermeisters gewandt.

* * *

Um es vorweg zu nehmen: Der SFIO-Parteitag endete **n i c h t** mit einem "Sieg" und auch nicht mit einer "Niederlage" der einen oder der anderen Gruppe. Als Ergebnis der Debatte wurde mit nur zwei Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen eine Entschließung angenommen, die im Prinzip die Bildung einer "Sozialdemokratischen Föderation" billigt, gleichzeitig aber einige programmatische Grundsätze für das Aktionsprogramm einer solchen Föderation aufstellt. Der Parteitag der SFIO beschloß ferner, daß der Parteivorstand sofort mit allen zum Beitritt in die Föderation entschlossenen Gruppen Verhandlungen aufnimmt, um festzustellen, ob sich diese mit den Prinzipien einer zukünftigen Aktionsgemeinschaft einverstehen erklären und gewillt sind, im Rahmen der "Sozialdemokratischen Föderation" eine gemeinsame politische Aktion zur Wiederherstellung der Demokratie in Frankreich einzuleiten und durchzuführen. Am 18. Juli d.J. soll dann ein außerordentlicher Kongreß darüber befinden, ob die in den bis dahin geführten Verhandlungen erzielten Ergebnisse befriedigend sind und ob infolgedessen die "Sozialdemokratische Föderation" endgültig gebildet werden kann.

* * *

Die Befürworter der Vorschläge Defferres zur Bildung einer sozialdemokratischen Föderation führten als Hauptargument die Tatsache an, daß die nichtkommunistische Linke und die demokratische Mitte seit 1958 wegen ihres Mangels an innerer Geschlossenheit politisch immer ohnmächtiger geworden ist und bei kommenden Wahlen kaum eine Chance haben dürfte, die gaullistischen und kommunistischen Gegner der Demokratie zu schlagen. Außerdem betonten sie, es gebe in den nichtsozialistischen

Parteien und Gruppen heute schon starke Elemente, die bereit seien, mit der Sozialistischen Partei zusammenzuarbeiten, wenn diese bestimmte dogmatische Vorstellungen wandle und sowohl in ihrer politischen Begriffsbestimmung als auch in der Zielsetzung den Bedürfnissen der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts entspreche. Im wesentlichen geht es den Anhängern Defferres hierbei um wirtschafts- und bildungspolitische Probleme sowie um die Demokratisierung des öffentlichen Lebens. Auch gegenüber den Problemen der christlichen Sozialethik und des Glaubens verlangten die Freunde Defferres eine größere Aufgeschlossenheit von der Sozialistischen Partei.

Die Gegner Defferres - an der Spitze der Generalsekretär Guy Mollet - bestritten keineswegs die richtigen Ausgangsüberlegungen des Marseiller Bürgermeisters. Sie befürchteten jedoch, daß sich die Partei im Rahmen der von Defferre geforderten "Sozialdemokratischen Föderation" von ihrer ursprünglichen Aufgabe entfernen würde, die sie in einer grundlegenden Veränderung des Gesellschaftsbildes erblickt. Auch gegenüber der Forderung, religiöse Anliegen mehr als bisher zu respektieren, zeigten sich Mollets Freunde äußerst skeptisch. In diesem Zusammenhang erscheint es uns wichtig, darauf hinzuweisen, daß es sich bei der ganzen Auseinandersetzung keineswegs etwa - wie in mehreren deutschen Zeitungen berichtet wurde - um eine Auseinandersetzung zwischen "jungen" und "alten" Sozialisten handelt. Es gab unter den Befürwortern der Thesen Mollets und Defferres junge und alte Delegierte, und wenn man die entscheidenden Sprecher für oder gegen die eine oder andere These kennt, weiß man, daß die meisten von ihnen seit ihrer frühesten Jugend der Sozialistischen Partei angehören.

* * *

Der Kompromiß konnte gefunden werden, nachdem Gaston Defferre im Verlaufe der Diskussion unter großem Beifall des ganzen Parteitagcs erklärt hatte, er werde auch dann Mitglied der Partei bleiben und weiterhin in ihren Reihen für die Verwirklichung der Ideale des freiheitlichen Sozialismus kämpfen, wenn er sich mit seinen Ansichten nicht durchsetzen könne. Aber schon bei der Wahl der Resolutionskommission, die in der Nacht von Samstag zu Sonntag die Aufgabe hatte, die zahlreichen während der Diskussionen geäußerten Meinungen trotz ihrer Widersprüchlichkeit auf einen Nenner zu bringen, konnten Defferres Freunde eine kleine Mehrheit erzielen. 1 302 Stimmen waren für die Thesen Defferres, 1 270 Stimmen für diejenigen des Generalsekretärs Mollet und 394 Stimmen für eine Synthesenentschließung abgegeben worden. Nachdem auch Mollet erklärt hatte, er werde alles vermeiden, was zu einer Spaltung der Partei führen könne, war vorauszusehen, daß beide fast gleich starken Tendenzen eine Formel finden würden, die es der Partei nunmehr gestattet, ungeschwächt neue Wege zu beschreiten.

Dieser 55. Nationalkongreß der SFIO ist trotz der bei dieser Gelegenheit geführten heftigen Diskussionen nicht etwa als ein Parteitag der Ausweglosigkeit zu werten. Die Partei hat aus sich heraus neue Kräfte entwickelt, die sehr wohl geeignet sind, das Bild der französischen Politik zu verändern. Wichtig zu wissen ist es für uns in Deutschland, daß die angesteuerte "Sozialdemokratische Föderation" unter Führung der SFIO die Politik der europäischen Integration und der atlantischen Partnerschaft noch stärker als bisher in den Vordergrund stellen wird. Damit entsteht sowohl gegen die Gaullisten als auch gegen die Kommunisten eine politische Gruppierung, die entschlossen ist, Frankreichs Gewicht in der europäischen Gemeinschaft wieder zum Tragen zu bringen.

Entwicklungshilfe mit Sinn und Verstand

Die Leistungen der Friedrich-Ebert-Stiftung
- Leistungen für die Welt und für Deutschland

Von Wolfgang Schwabe, MdB

Wer von Deutschland aus nach den afrikanischen oder südamerikanischen Ländern fliegt, sieht sich im Verlauf seiner Reise mit großer Wahrscheinlichkeit auch dem Thema der Entwicklungshilfe gegenübergestellt. Die ganze Vielfalt des Problems tritt zutage, wenn sich - etwa bei Zwischenlandungen - einzelne Gruppen von Reisenden zum zwanglosen Gespräch zusammenfinden; oder wenn gar, wie wir es vor einigen Tagen erlebten, zu nachtschlafener Zeit ein vorsorglich durchgeführter Instrumentenaustausch die kurze Interimpause in Dakar vor dem Sprung über den Südatlantik um zwei Stunden verlängert. Dann ist dort, mit Verlaub zu sagen, zunächst einmal alles finster. Die nächstliche Umgebung des schlichten Stationsgebäudes ebenso wie die Stimmung der Reisenden und der Negerboy selbstverständlich ebenso wie der tief-schwarze Kaffee, den er uns freundlich serviert. Das Getränk belebt die Geister, unser Gespräch kommt wieder in Fluß und unversehens kommt ein Fachmann in unsere Runde. Willi Eichler aus Bonn, Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung, ist auf dem Wege nach Montevideo und hat ein Stück Entwicklungshilfe im Gepäck; keine Schecks und kein goldenes Bett.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat schon sehr früh das einfache und absolut sichere Rezept für eine geeignete und gerechte Entwicklungshilfe gefunden. Sie vermittelt ohne Unterschied von Person, Rasse oder Herkunft jungen und herangewachsenen Menschen das dringend notwendige Wissen um die Grundformen des demokratischen Zusammenlebens. Die Erfahrung des letzten Jahrzehnts hat gezeigt, daß sich die unvermittelt errungene oder gewährte Souveränität oft negativ auswirkt, wenn es innerhalb der selbständig gewordenen Völker an Menschen fehlt, die mit den demokratischen Lebensformen vertraut sind. Wer die Friedrich-Ebert-Stiftung, wer Willi Eichler kennt, weiß, daß sie es nicht nur bei der bloßen Unterrichtung belassen. Es gilt, den nachwachsenden Kräften Respekt und - höchstes Ziel - kämpferische Liebe zur freiheitlichen Demokratie beizubringen.

Der Weiterflug führt uns über den Äquator zur südlichen Halbkugel. Man mag es vermessen nennen, wenn uns das faszinierend aufsteigende Morgenrot symbolisch erschien. Da werden die im alten Europa erkämpften, bekämpften und doch wieder siegreichen Leitgedanken über Tausende von Kilometern hinweg in den Süden Südamerikas getragen. Am nächsten Tag schon wird der Mann, der sich in Deutschland um das politische Bildungswesen hoch verdient gemacht hat, inmitten einer Gruppe junger südamerikanischer Gewerkschaftler und Genossenschaftler stehen. Er wird ihnen überzeugend erklären, daß die höchste Entwicklungsform des menschlichen Zusammenlebens im freiheitlichen, demokratisch-parlamentarischen Staatswesen begründet liegt. Diese Entwicklungshilfe kann niemand mißbrauchen. Sie wird, dessen darf man sicher sein, gute Früchte für die Welt und damit für Deutschland tragen.